

---

**Rede der Oberbürgermeisterin  
zum Doppelhaushalt 2022/2023**

---

**Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates,  
liebe Bürgerinnen und Bürger,**

Aufstellung, Beratung und Beschlussfassung sowie Vollzug des kommunalen Haushalts gehören zweifelsfrei zu den wichtigsten Aufgaben von Rat und Verwaltung. Der kommunale Haushalt bildet das Etatrecht des Gemeinderats ab, das „Königsrecht“, und bindet die Verwaltung in der Ausführung an die Festlegungen des Haushaltsplanes.

Der kommunale Haushalt zeigt den Aufwand auf, den wir zur Erfüllung unserer Aufgaben benötigen, und auch die Erträge, die hierfür zur Verfügung stehen. Die Erträge geben zudem wirksam Auskunft über die aktuelle wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, sowohl der ortsansässigen Unternehmen, der Bürgerinnen und Bürger als auch des Landes.

Wir sind uns alle darüber bewusst, dass der kommunale Haushalt zwar einerseits die Königsdisziplin darstellt, andererseits aber Aufwendungen für Aufgaben abbildet, die wir im Auftrag übergeordneter Ebenen wahrnehmen. Wir sehen dies als Auftrag, Bund und Land in die Pflicht zu nehmen und alle Möglichkeiten zu nutzen, um die Wahrung des Konnexitätsprinzips zu kämpfen: wer bestellt, der bezahlt.

Heute bringe ich den Entwurf für den Doppelhaushalt 2022/2023 ein – er soll deutliche Zeichen setzen, welche großen Themen mir besonders wichtig sind, damit Baden-Baden sich trotz der pandemie-bedingt äußerst angespannten Haushaltslage strategisch positiv weiterentwickelt und wir die aktuellen Herausforderungen gut meistern.

Hinter uns liegt fast ein ganzes Jahr der Planung und Abstimmung der gesamten Verwaltung, die zu diesem Entwurf geführt haben. Vor einem Jahr hätte der Doppelhaushalt zu einem Gesamtdefizit von 120 Millionen € geführt. Hieran wird deutlich erkennbar, dass zahlreiche Maßnahmen nicht nur wünschenswert, sondern auch notwendig sind, aber nicht alles finanzierbar ist.

Im Ergebnis dieser Abstimmung haben wir nun einen Entwurf, der von einem Gesamtdefizit von insgesamt 51,4 Millionen € im Doppelhaushalt ausgeht. Positiv ausgedrückt wurde das Defizit mehr als halbiert, im Ergebnis ist jedoch auch eine deutliche Schuldenaufnahme notwendig.

Ich bitte, diesen Aspekt bei der Diskussion des Haushaltes zu berücksichtigen; mir ist bewusst, dass nicht alle Wünsche aufgenommen werden konnten.

Ziel ist es, die gesellschaftlich genannten Prioritäten in den Haushalt mit aufzunehmen und gleichzeitig zu berücksichtigen, dass wir nicht unverhältnismäßig hohe Schulden auf die nächsten Generationen übertragen.

Mein Fokus liegt im kommenden Doppelhaushalt auf:

1. Digitalisierung - Baden-Baden goes digital
2. Die Stadtverwaltung als moderne, attraktive Arbeitgeberin
3. Bühne frei – Kultur- und Welterbestadt Baden-Baden
4. Baden-Baden als Soziale Stadt
5. Quo vadis Baden-Baden – Operative und strategische Entwicklung

## **Baden-Baden goes digital – Digitalisierung**

---

Gerade für die Digitalisierung wirkte die Corona-Pandemie beschleunigend, forcierend, energetisierend – Projekte wurden gestoppt, beschleunigt und zum Teil mehrmals neu erfunden.

Online-Meetings und hybride Sitzungen, z.B. die der gemeindlichen Gremien, waren 2020 und 2021 regelrechte Dauerbrenner. Mit zwischenzeitlich 700 mobilen Arbeitsplätzen haben wir innerhalb der Verwaltung gewaltig ausgebaut. Davon profitieren wir enorm: Längst ist die Möglichkeit, von zu Hause aus arbeiten zu können, zu einem nicht zu unterschätzenden Argument für die Attraktivität als Arbeitgeberin geworden.

Digitale Baugenehmigungen, eRechnung oder in einigen Bereichen auch ePayment mussten zwangsläufig „quasi nebenher“ ins Laufen kommen – und das haben wir geschafft!

Auch in den Bereichen Sensorik, SmartCity und Mikromobilität schreitet die Entwicklung voran – hier bringen wir uns im interkommunalen Verbund re@di ein und setzen auf starke Synergieeffekte.

Eine große Herausforderung stellt die Umsetzung des Online-Zugangsgesetzes dar. Dieses Gesetz verpflichtet Bund, Länder und Kommunen, ihre Dienstleistungen im Interesse der Bürgerinnen und Bürger digital über Verwaltungsportale anzubieten.

Sie sehen, meine Damen und Herren: das Rathaus wird zur digitalen Drehscheibe für unsere Bürgerinnen und Bürger!

Auch in unseren Schulen hat die Pandemie eine ganz besondere Dynamik erzeugt:

Home-Schooling, Online-Lernplattformen oder iPads für Schülerinnen und Schüler sowie für Lehrkräfte sind einige Beispiele. Zahlreiche Förderprogramme des Bundes und des Landes haben den Baden-Badener Schulen Finanzmittel für digitale Ausstattung in Millionenhöhe beschert. Daher war es richtig und wichtig, die Betreuung des pädagogischen Netzes bereits im vergangenen Jahr auf neue Füße zu stellen und mit weiterem Personal auszustatten. Der Digitalpakt Schule wird auch in den kommenden Jahren weitere Investitionen in zentrale und dezentrale Infrastruktur der Schulen ermöglichen, z.B. in neue Server-Systeme und Firewalls, aber auch die Ausstattung mit digitalen Tafeln oder neuen PC-Arbeitsplätzen. Voraussetzung für den Abruf der Fördermittel sind die Medienentwicklungspläne, an deren Erstellung alle Akteure mit Hochdruck arbeiten, um bestmögliche Ergebnisse für die digitale Transformation des Schulbereiches zu erzielen.

Sie sehen, sehr geehrte Damen und Herren:

Kaum ein anderes Thema wird die Aufgaben der Kommunalverwaltungen und deren Wahrnehmung in den nächsten Jahren so entscheidend verändern wie die Digitalisierung. Damit wir diese Herausforderungen bewältigen können und gut aufgestellt sind, ist qualifiziertes Personal einer der wichtigsten Bausteine.

## **Die Stadtverwaltung als moderne und attraktive Arbeitgeberin – Personal**

---

Der Planansatz 2022 in Höhe von 71,1 Mio. Euro für die Personal- und Versorgungsaufwendungen hat sich gegenüber dem Planansatz 2021 moderat um 3,2 Mio. Euro erhöht.

Die Tarif- und Besoldungserhöhungen der letzten Jahre sowie die Schaffung weiterer dringend benötigter Stellen in der Stadtverwaltung haben eine Steigerung der Personal- und Versorgungsaufwendungen in Höhe von 4,7 % gegenüber dem diesjährigen Planansatz zur Folge. Insgesamt werden bei der diesjährigen Planung 22,9 neue Personalstellen gegenüber dem Haushaltsjahr 2021 zusätzlich ausgewiesen.

Die Stellenmehrungen im vorliegenden Doppelhaushalt (insgesamt 30,1) beschränken sich auf das unbedingt notwendige Maß und sind aufgrund von Zwängen oder gesetzlicher Vorgaben notwendig.

Wachsende Aufgabendichte, zunehmende Komplexität und steigende Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger nach Einbindung, Partizipation und vor allem schnellen Entscheidungen stellen eine große Herausforderung für die Verwaltung dar. Um die Begrenzung der Personalkosten einhalten zu können, sollen in erster Linie nur jene Stellen geschaffen werden, die überwiegend oder vollständig refinanziert sind. Ferner werden Stellen geschaffen, die zwar Personalkosten verursachen, jedoch an anderer Stelle (höhere) Kosten einsparen. Ergänzend müssen Stellen in den Stellenplan aufgenommen werden, für deren Schaffung eine haushalts- oder haftungsrechtliche Verpflichtung besteht.

So werden Stellen zur Schaffung vorgesehen, z.B. für den Datenschutz, die IT-Sicherheit und IT- Administration, vorgesehen.

Auch u.a. für das Gebäudemanagement werden 6,6 Stellen geschaffen.

Für das Dezernat 3 sind 14,2 zusätzliche Stellen eingeplant. Darin enthalten sind z.B. die Sachbearbeitung im Gewerbe- und Gaststättenrecht, für die Fahrerlaubnis- und der Ausländerbehörde. Im Fachbereich Bildung und Soziales werden u.a. Stellen für die Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes, sowie für die Wirtschaftliche Jugendhilfe zusätzlich benötigt.

Insgesamt 7,2 Personalstellen können im Stellenplan 2022/2023 abgebaut werden.

Nur gut qualifiziertes Personal bleibt uns erhalten und kann unsere Verwaltung in eine stabile Zukunft führen. Speziell auf die Individualität der einzelnen Führungsaufgaben abgestimmt haben wir ein internes Fortbildungsprogramm für unsere Führungskräfte konzipiert, das große Resonanz findet und weiterhin fortgeführt wird.

Um einer effektiven Einarbeitung neuer Mitarbeitender noch mehr Schub zu verleihen, gestalten wir Wissensvermittlung zunehmend über Tutorials und arbeiten mit Hochdruck an der Einführung einer digitalen Lernwelt. Auch profitieren neue Mitarbeitende von unserem breit gefächerten, internen Fortbildungsprogramm, das rege genutzt wird.

Sehr erfreulich stellt sich die externe und interne Resonanz auf unsere Arbeitgebermarke dar. Immer wieder erfahren wir große Wertschätzung für die frech-witzige Art der Ansprache potentieller Bewerberinnen und Bewerber auf freie Stellen in Stellenanzeigen.

Schauen Sie gerne einmal vorbei – ein Blick auf [www.wir-im-rathaus.de](http://www.wir-im-rathaus.de) lohnt sich!

Doch Baden-Baden hat noch viel mehr zu bieten...

Der Kulturbetrieb wurde durch die Pandemie stark getroffen:

Monatelang gab es keine Veranstaltungen und es wurde allzu deutlich, wie wichtig der Kulturbetrieb für die Attraktivität unserer Stadt ist, sowohl für die Menschen hier vor Ort als auch für unsere Gäste. Nun ist es elementare Aufgabe, wieder (mindestens) auf Vor-Corona-Niveau zu kommen.

Aktuell erlaubt die gesetzliche Regelung volle Auslastung der Saalkapazitäten, doch die Unsicherheit im Publikum ist nach wie vor vorhanden. Vertrauen muss erst wiedergewonnen werden. Schwerpunkte setzen wir dabei auf Kooperationsveranstaltungen, um Kräfte zu bündeln und Synergien zu gewinnen, aber auch bewährte Formate wie die Sommerdialoge sollen weiterbestehen.

Eines der Herzstücke der Kulturstadt ist das **Theater Baden-Baden**, das nach Abschluss der Sanierungsarbeiten an der Fieserbrücke auch wieder räumlich näher an die Menschen in der Stadt rückt. Im Herzen seiner Besucherinnen und Besucher möchte das Theater in der laufenden Spielzeit mit vielen berührenden Momenten sein.

Das denkmalgeschützte Theatergebäude ist ein wertvoller Schatz, den es zu pflegen gilt. Hier sind entsprechende Mittel im Haushalt eingeplant. Technik und Ausstattung sowohl der Bühne als auch der Arbeitsbereiche sollen den aktuellen Sicherheits- und Arbeitsschutzstandards entsprechen, so dass in wechselnden Bereichen Investitionen in angemessenem Rahmen stetig nötig sind.

Der Doppelhaushalt 2022/2023 steht im Zeichen einer Konsolidierung des Veranstaltungsbereiches der **Philharmonie** nach monatelanger pandemiebedingter Unterbrechung des Konzertbetriebes. Von großer

Bedeutung sind der Dienstantritt eines neuen Chefdirigenten im September 2022. Ein möglichst reibungsloser Übergang der Institution in die Obhut eines neuen Führungsteams steht im Fokus.

Ich freue mich sehr, dass es gelungen ist, einige der über Jahre vakanten Positionen im Orchester auf Basis der Attraktivität der besseren Tarifklasse TVK B ausgezeichnet zu besetzen.

Die Buchungsperspektive für 2022 sieht im September 2021 sehr gut aus. Fast alle abgesagten Gastspiele können wiederholt werden und es gelang – auch durch das Netzwerk des neuen Chefdirigenten Heiko Mathias Förster – neue hochrangige Engagements für das Orchester zu vereinbaren. Derzeit stehen vier Konzerte mit Anna Netrebko, zwei Veranstaltungen mit Startenor Juan Diego Flores und eine Gala mit Plácido Domingo auf dem Programm.

Im **Stadtmuseum** wird sich die große Sonderausstellung 2022 dem Thema „Feuer in der Stadt“ widmen. Anlässlich des 175-jährigen Bestehens unserer Feuerwehr wird die historische Entwicklung der Brandbekämpfung vom beginnenden 16. Jahrhundert bis heute thematisiert. Einbezogen wird auch die Historie der Wehren in den ehemals selbständigen Stadtteilen.

2023 stehen dann die 1950er und 1960er Jahre mit dem Wiedererstarken des Kurortes und den städtebaulichen und gesellschaftlichen Veränderungen im Mittelpunkt.

Durch die Pandemie wurde deutlich, wie wichtig elektronische Medien im Angebot der **Stadtbibliothek sind**, und wie gut sie nachgefragt werden.

Alle Angebote der Stadtbibliothek zu Klassenführungen, Leseförderung schon für die Kleinsten, Recherchetrainings, Lego- und Robotik-Workshops, Ferienprogramme mit Betreuung, Kindergeburtstage und



Lesungen für Kinder laufen bereits wieder, manche wurden nie ganz eingestellt, weil sie draußen stattfinden konnten. Wie beim Bücherbus nimmt auch hier die Zusammenarbeit mit Schulen, Kindergärten, Kitas und anderen Institutionen breiten Raum ein.

Das Gartenhaus, ein denkmalgeschütztes Schweizerhaus, braucht dringend die vorgesehenen Mittel, um das stark verwitterte Holzwerk und schmiedeeiserne Teile renovieren zu lassen. An der Glasfassade des Neubaus dringt nach wie vor Wasser ein und die Fenster sind nach 10 Jahren blind – aus meiner Sicht eine absolut sinnvolle Investition.

Der Betrieb des **Festspielhauses** wird durch die finanziellen Leistungen der Stadt Baden-Baden abgesichert. Die Stadt stellt das Gebäude zur Verfügung und finanziert im Wesentlichen die Tilgung aus der Investition und die Bauunterhaltung.

In der Pandemie war das Festspielhaus lange von der Schließung betroffen. Die fehlenden Einnahmen belasteten die Liquidität des Hauses. Hier möchte ich den Stiftern und dem Land Baden-Württemberg ausdrücklich danken, dass sie den Bestand des Festspielhauses hierdurch sichergestellt haben.

Das Festspielhaus mit seinem hochwertigen Programm ist nicht nur ein Aushängeschild für Baden-Baden, sondern für ganz Baden-Württemberg.

Am 24. Juli 2021 wurden die „Great Spas Towns of Europe“ vom UNESCO-Welterbekomitee in die Welterbeliste der UNESCO aufgenommen.

Die „Great Spa Towns of Europe“ sind ein außergewöhnliches Zeugnis des europäischen Kurphänomens, dessen Blütezeit in der Zeit von 1700 bis ca. 1930 lag. Diese transnationale serielle Welterbestätte umfasst elf Kurstädte in sieben Ländern. Die Serie umfasst die modernsten,

dynamischsten und internationalsten Kurstädte unter hundert Kurstädten, die ebenfalls zum europäischen Kurphänomen beigetragen haben.

Ich bin sehr dankbar für diese Entscheidung und werde im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten alle Maßnahmen unterstützen, um dieses Welterbe besser bekannt zu machen.

### **Baden-Baden als Soziale Stadt**

---

Sehr geehrte Damen und Herren, Baden-Baden ist nicht nur eine großartige und vielfältige Kulturstadt, sondern auch ein liebenswerter Lebensraum für unsere Bürgerinnen und Bürger.

Ganz besonders von der Pandemie betroffen sind jene, die aus unterschiedlichsten Gründen schon vor der Pandemie Unterstützung benötigt haben.

Beispielsweise litten Kinder und Jugendliche schwer unter den monatelangen Schließungen der Schulen, Sportstätten und Freizeiteinrichtungen – und Kinder brauchen Kinder für ihre soziale Entwicklung.

Besonders schwer beeinträchtigt waren auch Pflegebedürftige und chronisch Kranke. Sie haben sich teilweise monatelang sozial isoliert. Die Auswirkungen der Corona-Pandemie wird die zukünftige soziale Arbeit vor eine große Herausforderung stellen.

Einer der Schwerpunkte in den Jahren 2022/2023 ist zweifelsfrei die weitere Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes in der Eingliederungshilfe, der Hilfe für Menschen mit Behinderung. Aktuell zeichnet sich hier deutlich ab, dass das neue Gesetz aufgrund seiner großen Individualität in den Hilfen für Menschen mit Behinderung eine

deutliche Kostensteigerung mit sich bringen wird und einen großen organisatorischen Mehraufwand bedeutet.

Auch die Tendenz zu niedrigeren Renten, die im Alter nicht auskömmlich sind, setzt sich weiter fort. Für Personen im Leistungsbezug von Hilfe zum Lebensunterhalt wie auch bei der anschließenden Grundsicherung im Alter oder bei Erwerbsminderung werden die Aufwendungen daher weiter ansteigen. Ich bin dankbar, dass die Kosten der Grundsicherung vom Bund in vollem Umfang erstattet werden.

Im Asylbereich setzte sich die Entwicklung abnehmender Fallzahlen im Leistungsbezug der Kommune fort. Mit ca. 800 Personen ist die Zahl der in städtischen Unterkünften lebenden und betreuten Flüchtlinge ca. 5-10 % niedriger als in den Vorjahren. Die Zusammensetzung der Bewohner blieb weitestgehend konstant.

Das Finden von geeignetem Wohnraum für Menschen mit niedrigem Einkommen, gestaltete sich in den letzten Jahren aufgrund des angespannten Wohnungsmarktes für alle Beteiligten zunehmend schwieriger. Wegen der abnehmenden Zahl von Personen in der vorläufigen Unterbringung einerseits und zeitgleich der zunehmenden Zahl anschlussuntergebrachter Personen andererseits verringert sich die vom Land gewährte Pauschale im Rahmen der nachlaufenden Spitzabrechnung weiterhin jährlich. Für die darauffolgenden Jahre wird das Land den Stadt- und Landkreisen, entsprechend der Empfehlung der Gemeinsamen Finanzkommission, einen jährlichen Festbetrag ausbezahlen. Dieser soll sich an den Beträgen aus den Jahren 2020 und 2021 orientieren.

Die Fallzahlen bei den Hilfen zur Erziehung haben sich im Jahr 2020 insgesamt stabilisiert. Die Zahlen lagen 2020 mit 41,68 Hilfen pro 1000

junger Menschen unter dem Durchschnitt der Stadtkreise in Baden-Württemberg (45,46 Hilfen).

Wie vorausgesehen hat die Zahl der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge stark abgenommen und sich in Baden-Baden auf eine einstellige Personenzahl reduziert. Es bleibt abzuwarten, ob durch die Lage in Afghanistan hier wieder ein Zuwachs erfolgt. Die Jugendhilfe ist gut darauf vorbereitet.

Noch nicht abschätzbar sind die finanziellen Folgen, die durch das am 10.6.2021 in Kraft getretene Kinder- und Jugendstärkungsgesetz auf die Kommunen zukommen. Das Gesetz wird von der Fachöffentlichkeit begrüßt, bringt aber einen erhöhten Aufwand für die Verwaltung mit sich.

Weil sich die positive Bevölkerungsentwicklung weiter fortsetzt, wurde die Verwaltung im Herbst 2020 beauftragt, weitere geeignete Maßnahmen zur Schaffung von Betreuungsplätzen zu entwickeln. Aus den Projektideen sind bereits zwei Maßnahmen beschlossen worden: Zum einen die Erweiterung des kath. Kindergartens Arche Noah in Lichtental sowie zum anderen die Reaktivierung und Sanierung des ehem. Kindergartens Regenbogen in Steinbach.

Auch der Bereich der Kindertagespflege hat sich zu einer nachgefragten Säule der Kinderbetreuung entwickelt. Mittlerweile werden rund 180 Kinder bei 47 Kindertagespflegepersonen betreut. Die Qualifizierung wurde von 160 auf 300 Unterrichtseinheiten erhöht. Um Betreuungssicherheit für Familien herzustellen, wird noch 2021 das Angebot der sog. Vertretungstagespflege bei Ausfall einer Tagespflegeperson gestartet.

Da Förderbedarfe von Kindern und Familien in der Coronakrise feststellbar wurden, ist es umso mehr erfreulich, dass die neue Kita im

Keltenweg den Landesförderzuschlag zur Weiterentwicklung zu einem Kinder- und Familienzentrum erhalten hat. Die frühzeitige Einbindung von Eltern in den Bildungsprozess und die Stärkung der Erziehungskompetenz kann dann in besonderem Maße begleitet werden.

Seit Mai 2021 ist die neu geschaffene Stelle im Bereich Streetwork mit einer städtischen Vollzeitkraft besetzt. In Trägerkooperation mit dem Caritasverband sind zwei Fachkräfte aufsuchend im öffentlichen Raum tätig. Hierbei werden vornehmlich bei jungen Menschen beliebte öffentliche Plätze im Stadtgebiet regelmäßig besucht. Zielsetzung ist die Betreuung, Begleitung und Vermittlung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Alter von 14-27 Jahren in für sie passende Hilfesysteme mit dem mittelfristigen Ziel der (Re-)integration in die Gesellschaft.

Aufgrund steigender Betreuungsbedarfe sind im Schuljahr 2021/22 die Ganztagschule an der Grundschule Vincenti, die Erweiterung der Ganztagschule Cité und die jetzt in die kommunale Verantwortung überführte Schulkindbetreuung an der Grundschule Ebersteinburg in Betrieb gegangen. Im November startet außerdem das neue ganzjährig betriebene Schülerbetreuungshaus an der Grundschule Balg, zu dem bis zu 40 Grundschulkindern aus dem gesamten Stadtgebiet angemeldet werden können. Eltern und Kinder können künftig von diesem verlässlichen Angebot sowohl in der Schul- als auch in der Ferienzeit profitieren.

Die Schulentwicklungsplanung wird entsprechend der im Juni 2020 verabschiedeten Eckpunkte für die operative Umsetzung der Schulentwicklungsplanung fortgeführt. Insbesondere stehen Sanierungsmaßnahmen der naturwissenschaftlichen Räume an dem Markgraf-Ludwig-Gymnasium und am Richard-Wagner-Gymnasium an, sowie jeweils ein Neubau bei dem Gymnasium Hohenbaden und der

beruflichen Robert-Schuman-Schule, um den zusätzlichen Raumbedarf zu decken. Für die geplanten Baumaßnahmen werden Mittel aus der Schulbauförderung des Landes beantragt.

Die Corona-Pandemie hat auch das bürgerschaftliche Engagement in Baden-Baden vor große Herausforderungen und die alltägliche Arbeit der Vereine und Organisationen komplett auf den Kopf gestellt. In dieser Zeit der Umbrüche und des Umdenkens hat sich einmal mehr herausgestellt, wie wichtig das bürgerschaftliche Engagement für eine funktionierende Stadtgesellschaft ist und was es zu leisten vermag, z. B. im Rahmen der Welle der Nachbarschaftshilfe, der Unterstützung in unserem Kreisimpfzentrum oder der Eröffnung von digitalen Beteiligungsformaten.

Für die Haushaltsjahre 2022/2023 schlage ich Ihnen vor, das bürgerschaftliche Engagement konsequent weiter zu stärken und gezielt zu fördern. Die bisherigen Bestrebungen und Stärkungsmaßnahmen sollten unbedingt fortgeführt und ausgebaut werden.

Zur Gewährung der Transparenz der Förderung sowie einer gerechten Verteilung, basierend auf einheitlichen Kriterien, überarbeitet die Verwaltung die bisherigen Vereinsförderrichtlinien, um die Rahmenbedingungen für die Vereine zu verbessern und damit die Wertschätzung gegenüber den ehrenamtlich Tätigen in den Vereinen zu stärken.

Im Fokus steht zudem die Etablierung einer angemessenen Wertschätzungs- und Anerkennungskultur sowie der Netzerkausbau. Wir verfolgen insbesondere die Weiterentwicklung der 2021 neu ins Leben gerufenen Online-Plattform für bürgerschaftliche Engagement, die Vereinen zukünftig als digitale Stütze dienen soll.

Die Anzahl von Menschen mit Behinderung im Stadtgebiet ist weiterhin hoch. Jeder siebte Mensch in Baden-Baden hat eine Behinderung, jeder elfte Mensch ist schwerbehindert. Mit den initiierten Ehrenamtsprojekten (z.B. Behördenengel, Legorampen) sind wir auf dem richtigen Weg. Bisher konnten die finanziellen Aufwendungen durch einen erfolgreichen Abruf von Fördermitteln des Landes gedeckt werden. Dies streben wir auch in den kommenden zwei Jahren an.

Menschen mit Behinderungen äußern auch in Baden-Baden den Wunsch, auf dem ersten Arbeitsmarkt integriert zu sein, wie andere Menschen auch. Wir planen, dafür neue Maßnahmen auf den Weg zu bringen. Investitionen zur Umrüstung von Arbeitsplätzen oder Sensibilisierung von Unternehmen zu Themen der Inklusion gewinnen an Bedeutung.

Das Liegenschaftsmanagement spielt eine wichtige Rolle zur strategischen Stadtentwicklung und zur Verwirklichung der Sozialen Stadt, z.B. Schaffung von Wohnraum.

Ein wesentlicher Baustein ist der Kauf und Verkauf von Grundstücken, insbesondere im Zusammenhang mit dem Kommunalen Wohnbauflächenmanagement. Um den Baugrundstücksbestand aufzustocken und die Entwicklung neuer Baugebiete voranzubringen, sieht der Haushalt entsprechende Haushaltsansätze vor.

### **Quo vadis Baden-Baden – operative und strategische Entwicklung**

---

Sehr geehrte Damen und Herren,  
die große Schnittmenge zwischen den Themenschwerpunkten der Sozialen Stadt und der Strategischen Stadtentwicklung ist an dieser Stelle deutlich erkennbar – lassen Sie mich den Bogen spannen und den Fokus auf die operativen und strategischen Entwicklungsthemen unserer Stadt richten:

- Big Points
- Klima und Nachhaltigkeit
- Wirtschaftsförderung und Mobilität
- Klinikum Mittelbaden

Die **“Big Points“** beschreiben aus meiner Sicht sehr gut die größeren Aufgaben und Aufwendungen in den kommenden beiden Jahren.

Im Bereich unserer öffentlichen Grünflächen sollen z.B. die Spiel- und Sportplätze auch in den kommenden beiden Jahren einen Schwerpunkt darstellen. Konkret möchten wir den Kinderspielplatz in Neuweier im Jahr 2022 und den Spielplatz am Nordring in Sandweier in den Jahren 2022 und 2023 neu gestalten. Auch der Startschuss für die Planung und einen ersten Bauabschnitt für die Überarbeitung des Spielplatzes Stöcke auf der Agenda. Alle diese Maßnahmen sind ein wichtiger Beitrag für eine familienfreundliche und soziale Stadt.

Im Bereich der Sportanlagen möchten wir die Sanierung des Aumattstadions mit der Anlage eines Beachvolleyballfelds und der Erneuerung der Rasenkleinspielfelder fortsetzen. Wie schon bei den bisherigen Arbeiten zur Aufwertung des Aumattstadions erwarten wir auch hier einen Zuschuss aus der Sportstättenförderung des Landes.

Im Ergebnishaushalt unserer Feuerwehr sind in 2022 und 2023 unter anderem Gelder für Fortbildungen in der Tunnelbrandbekämpfung eingeplant. Die letzte vergleichbare Fortbildung in der Tunnelübungsanlage fand 2012 statt; eine Wiederholung befürworte ich ausdrücklich. In Anlehnung an den Feuerwehrbedarfsplan ist 2022 die Ersatzbeschaffung einer 25 Jahre alten Drehleiter und 2023 die Ersatzbeschaffung von zwei 30 bzw. 29 Jahre alten Löschfahrzeugen vorgesehen. Außerdem sind Verpflichtungsermächtigungen für die Ersatzbeschaffungen eines dann 27 Jahre alten Löschfahrzeuges und von



zwei dann 39 bzw. 27 Jahre alten Wechselladerfahrzeugen im Jahr 2024 eingeplant.

Zur stationären Geschwindigkeits- und Rotlichtüberwachung am Ebertplatz wird derzeit ein Leih-Messgerät eingesetzt. Nach durchgeführten Analysen und Berechnungen ist festzuhalten, dass der Kauf eines Geschwindigkeits- und Rotlichtüberwachungsgerätes für den Einsatzort Ebertplatz wirtschaftlicher ist als die Anmietung. Daher ist für 2022 der Kauf einer derartigen Anlage vorgesehen.

Zur sicheren Einhaltung der Grenzwerte aus der neuen EU-Trinkwasserrichtlinie planen unsere Stadtwerke den Bau zweier Aktivkohlefilteranlagen in Sandweier und Steinbach als Ergänzung der bestehenden Umkehrosmoseanlagen.

Im Bereich Abwasser ist der Bau der 4. Reinigungsstufe in der Gemeinschaftskläranlage ein wichtiger Investitionsschwerpunkt. Die Gesamtkosten der Anlage, die u.a. in der Lage sein wird auch Medikamentenrückstände aus dem Abwasser zu entfernen, liegen im Mehrjahreszeitraum bei ca. 24 Mio Euro.

Der Betriebshof unserer Verkehrsbetriebe in Lichtental ist sanierungsbedürftig. Hier hat der Gemeinderat die dementsprechenden Beschlüsse gefasst, die Ansätze sind eingepreist.

In diesem Haushaltsentwurf sind wieder zahlreiche Unterhaltungsmaßnahmen im Bereich der Straßen veranschlagt. Der Straßenzustand erfordert es, hierauf ein Augenmerk zu legen. Hinzu kommen Sondermaßnahmen, insbesondere bei Gemeindestraßen mit der Sanierung der Ooser Bahnhofstraße und der Rheinstraße im Bereich zwischen Ooser Leo und AHG aufgrund des Zustands der Straße und der damit verbundenen unkomfortablen ÖPNV Nutzung.

Der Wunsch von Verwaltung und Bevölkerung nach einer grundhaften Sanierung der Beuerner Straße zwischen Clara-Schuman-Platz und Ortsausgang besteht seit längerer Zeit. Im Umfeld der sonstigen in Lichtental geplanten Maßnahmen des Hochwasserschutzkonzepts entlang des Oosbachs und des Sanierungsgebiets sind hier vor Sanierungsbeginn Planungen notwendig, um vorab geeignete Sanierungsabschnitte zu definieren.

Ebenfalls ist vorgesehen, die innerstädtischen Pflasterflächen verstärkt einer Sanierung zu unterziehen, insbesondere in der Fußgängerzone. Unterstützt wird dies durch eine Jahresausschreibung speziell für Pflasterbeläge.

Zur kontinuierlichen Bauwerksunterhaltung wird erstmalig ein Jahresvertrag zur Brückenunterhaltung ausgeschrieben. Aufgrund der positiven Erfahrungen ist vorgesehen, dieses Instrument langfristig zur Brückenunterhaltung zu nutzen. Als Sondermaßnahme ist die Sanierung der Carl-Benz-Brücke in der Murgstraße vorgesehen.

Auch für die Umgestaltung des Hindenburgplatzes ist eine Planungsrate für die Oberflächengestaltung im Zuge der Brückensanierungen veranschlagt.

Zur Sanierung der bestehenden Radwegeverbindung zwischen Haueneberstein und Kuppenheim sind für den Bereich zwischen der Waldstraße und der L67 notwendige Mittel veranschlagt.

Immer wieder wird die Sauberkeit in der Stadt diskutiert. Nichts ist so perfekt, als dass es nicht noch verbessert werden kann, aber unsere Anstrengung hier sind doch deutlich. Zur Ausführung der Straßenreinigung im gesamten Stadtgebiet ist die Verstärkung durch eine Fremdfirma notwendig. Diese führt zum einen die turnusmäßige

Reinigung in den Stadtteilen Sandweier, Haueneberstein, Ebersteinburg, Steinbach, Varnhalt und Neuweier aus. Zum anderen erledigt die Firma die Wochenendreinigung im Bereich der Innenstadt. Der Auftrag umfasst die Oberflächenreinigung von Bushaltestellen, Wegen und Plätzen sowie die Leerung der Abfallbehälter.

Aktuell sind unsere Eindrücke geprägt von den verheerenden Hochwasser-Ereignissen in Ahr- und Rheintalgebiet.

Im Rahmen der Planungskosten für den Wasserbau und den Hochwasserschutz stehen Mittel für die Erstellung von Hochwassergefahrenkarten für die Nebengewässer und eines Gewässerunterhaltungsplans zur Verfügung. Für die Durchführung des Starkregenrisikomanagements gemeinsam mit dem Landkreis und für die schrittweise Etablierung eines Verdolungskatasters sind im Doppelhaushalt entsprechende Mittel vorgesehen.

Die Sanierung des verdolten Salzgrabenbachs im Bereich Stadelhofer Straße und Bismarckstraße sind ebenfalls im Haushalt enthalten.

Sehr geehrte Damen und Herren,

das Hochwasser-Ereignis an Rhein und Ahr hat den Fokus nochmals deutlich auf **Klimaschutz und Nachhaltigkeit** gelenkt.

Mit der Verabschiedung des Klimaaktionsplanes haben wir ein deutliches politisches Signal gesetzt. Ich danke dem Gemeinderat hierfür ausdrücklich für seine Unterstützung, wenngleich ich sehr wohl weiß, dass einigen Gemeinderäten die Schritte noch nicht weit genug gehen. Wir sind weiter gefordert, die verbleibende Zeit sinnvoll und wirksam zu nutzen.

Bei aller Dringlichkeit des Handelns ist es mir dennoch wichtig, immer wieder die jeweiligen Verantwortlichkeiten und Verhältnismäßigkeiten zurecht zu rücken.

Richtig ist: Klimaschutz findet letztendlich immer im geographischen Raum einer Kommune statt, in den wenigsten Fällen jedoch in deren Verantwortungs- und Kompetenzbereich. Gestaltungsmächtige Initiatoren auf der einen Seite sind Bund und Länder mit umfassenden Gesetzgebungs- und Vorordnungskompetenzen und auf der anderen Seite die Bürger als ihre eigentlichen Adressaten.

Der klimapolitische Verantwortungs- und Gestaltungsbereich unserer Stadt liegt innerhalb unseres eigenen Liegenschaftsbereiches, beim ÖPNV-Angebot und dem Energieangebot unserer Stadtwerke. Hier sind wir gefordert und in diesen Bereichen stehen wir in Verantwortung für unsere Bürgerinnen und Bürger und die nachfolgenden Generationen.

Wir werden auf konzeptioneller Ebene den bisherigen Weg weitergehen: so stützen wir uns

- bei unserer Ansprache der Hotellerie, der Pflegeheime und der Kliniken auf ein Kraft-Wärme-Koppelung- und eine Nahwärmegutachten,
- auf ein Fahrradwegekonzept,
- bei der Sanierung unseres Gebäudebestandes auf eine Energieeffizienz-Analyse,
- bei unserem Photovoltaik-Ausbau auf gutachterliche Analysen und Empfehlungen und

Bei der kommunalen Wärmeplanung waren wir landesweit eine der drei Pioniergemeinden und haben zusammen mit dem Umweltministerium und der Landesenergieagentur einen Leitfaden entwickelt, an dem sich nunmehr die meisten Kommunen in Baden-Württemberg bei der Umsetzung dieser Pflichtaufgabe orientieren.

Primäre Aufgabenstellung im Doppelhaushaltsjahr 2022/2023 wird es sein, die drei kommunalen Förderprogramme aufzulegen und bei unseren Bürgern intensiv zu bewerben. Die hierfür erforderlichen kommunalen Finanzmittel sind im Entwurf des Haushaltsplanes berücksichtigt und dargestellt.

In 2022 stehen ebenfalls Mittel zur Umsetzung der Maßnahmen für eine Radallee zwischen dem Bahnhof Baden-Baden Oos und der Geroldsauer Mühle zur Verfügung. Auch damit möchte ich zum Ausdruck bringen, dass mit dieser Maßnahme dem Klimaschutz in besonderem Maße Rechnung getragen wird.

Im Haushalt sind darüber hinaus Mittel vorgesehen, um die vorhandene Beleuchtung im Stadtkreisgebiet von Baden-Baden weiter energetisch zu erneuern und auf LED Technik umzurüsten. Damit soll der effiziente Stromeinsatz weiter gefördert werden.

Die Situation im Forstbereich ist durch die letzten Dürrejahre geprägt.

Die Auswirkungen des Klimawandels sind auch im Wald spürbar und extreme Wetterlagen werden häufiger auftreten. Daher gilt es, unseren Stadtwald klimastabil zu erhalten, damit wir die vielfältigen Leistungen des Waldes, wie z.B. CO<sup>2</sup>-Speicher, Trinkwasser und Zufuhr von kühler Luft für die Stadt sichern können.

Die nach wie vor anhaltende Bewältigung der in der Region vorliegenden PFC-Problematik hat zur Folge, dass in diesem Bereich die Haushaltsansätze für Sachverständigen- bzw. Gutachterkosten relativ hoch sind. Wir werden weiterhin entstandene Kosten, die wir einem Störer zuordnen können, zur Rückerstattung geltend machen.

Für eine attraktive Stadt in der nahen Zukunft unerlässlich ist z.B. der weitere Ausbau der elektrischen Ladeinfrastruktur, zunehmend auch mit

Gleichstromschnellladesäulen, wie im deutschen Schnellladegesetz vorgesehen. Diese Ladesäulen ermöglichen deutlich höhere Ladeleistungen und damit kürzere Ladezeiten für Fahrzeuge, die mit Gleichstrom geladen werden können. Die erste Schnellladesäule der Stadtwerke wird derzeit am Gausplatz in Betrieb genommen.

Der Ausbau der Stromerzeugung auf Basis regenerativer Quellen, z.B. die Errichtung von PV-Anlagen auf kommunalen Gebäuden wird in den Jahren 2022 und 2023 weitergeführt und intensiviert.

In der Busflotte unserer Verkehrsbetriebe wird der Ausbau alternativer Antriebe (Elektro) vorangetrieben. Auch der sonstige Fahrzeugpark der Stadtwerke der Stadt wird sukzessiv auf Elektroantriebe umgestellt. Hier gilt es jedoch, die Restriktionen des finanziellen Machbaren zu berücksichtigen, da diese Fahrzeuge momentan noch wesentlich teurer sind.

Sehr geehrte Damen und Herren,  
um zukünftig investieren zu können, brauchen wir stabile Einnahmen, vor allem durch eine starke Wirtschaft.

Auch die Wirtschaft in Baden-Baden stand in der auslaufenden Haushaltsperiode unter dem starken Eindruck der Coronakrise. Das verwundert nicht: Der überdurchschnittlich hohe Anteil des Dienstleistungssektors, vor allem die Kongresse, die Kultur, der ganze Eventbereich, der Einzelhandel, die Hotellerie und die Gaststätten mit ihren jeweils sensiblen Kunden und Frequenz abhängigen Wechselwirkungen musste sich zwangsläufig während der gesamten Krise mit hohen Anfälligkeiten und negativen Auswirkungen im Baden-Badener Arbeitsmarkt niederschlagen.

Dies zeigt, wie wichtig es war, schon zu Beginn der 1990er Jahren auf ein drittes wirtschaftliches Standbein zu setzen und die gewerbliche Entwicklung durch die Ausweisung neuer Gewerbegebiete voranzutreiben.

Erst vor wenigen Wochen durfte ich der Einladung der Fa. Medifa zum Spatenstich in unserem Gewerbegebiet Bollgraben in Steinbach folgen. Schon in einigen Monaten werden dort rund dreihundert Arbeitnehmer ihren neuen Arbeitsplatz finden. Diese Ansiedlung soll aber nicht Schluss-, sondern ein Zwischenakkord sein, dem in den vergangenen Jahren schon viele wichtige Ansiedlungen vorausgegangen sind und dem auch in den kommenden Jahren noch weitere folgen sollen. Vergleichbare Meilensteine waren Röntgen-Bender, Ipetronik, Moldmaster, Lohn-Ag, Chemie Verband, SWR Medienzentrum, aber auch die Verlagerung des Badischen Tagblatts, um nur einige zu nennen.

Voraussetzung für diese Entwicklung war eine vorausschauende Gewerbe- und somit auch eine langfristige Flächenmanagementpolitik, welche die richtigen Rahmenbedingungen setzte, dabei aber nicht stehen blieb und gleichzeitig das Gründergeschehen und die Start-up-Szene in Baden-Baden weiterentwickelte. Ich betrachte es als eine der spannendsten Herausforderungen für diese Stadt, diesen eingeschlagenen Weg weiterzuverfolgen. Die Wirtschaftsförderung wird somit auch in der kommenden Haushaltsperiode als eine der zentralen Herausforderungen auf unserer Agenda stehen – nicht nur bei mir und in der Verwaltung, auch in der Kommunalpolitik, in den Fraktionen und im Gemeinderat.

Auch öffentliche Baumaßnahmen dienen der regionalen Wirtschaft – einige habe ich Ihnen schon in den Big Points vorgestellt.

Für den Doppelhaushalt 2022/23 sind in den Bereichen Bauunterhalt, Bewirtschaftung und Sondermaßnahmen mit einem Umfang von zirka 22 Mio. € geplant.

Durch die aktuell weiter steigenden Preise auf dem Bausektor mussten die Ansätze, die sich im Wesentlichen an Vorjahren orientieren, in der Höhe angepasst werden.

Bei den veranschlagten Sondermaßnahmen handelt es sich um eine Vielzahl von Einzelmaßnahmen wie z.B. Sanierung von Heizungsanlagen, Toilettensanierungen, Malerarbeiten, akustische Maßnahmen in den Schulen und Kindertageseinrichtungen, Elektrosanierungen in verschiedenen Gebäuden und Maßnahmen für Brandschutz.

Bei den Investitionen liegt der Schwerpunkt im kommenden Haushalt auf Baumaßnahmen im Schulbereich. Diese Maßnahmen werden zumeist durch Förderprogramme des Bundes oder Landes gefördert. Diese anteilige Refinanzierung stellt eine enorme Entlastung des städtischen Haushaltes dar.

In der strategischen Stadtentwicklung setzen vor allem auf Verkehr & Mobilität sowie die Entwicklung unserer Innenstadt.

Wir möchten das Thema Innenstadt angehen mit dem Fokus eines Masterplans mit Einzelhandelskonzept und Lösungen für den Parkraum.

Grundlegendes Ziel ist, den strategischen Entwicklungsplan der Stadt Baden-Baden, u.a. den SEP 2030, das Radverkehrskonzept fachlich zu vertiefen, abschnittsweise fortzuschreiben sowie aktuellen Entwicklungen anzupassen und damit den fachlichen Rahmen für Einzelentscheidungen des Gemeinderates im Bereich der Stadtentwicklung zu schaffen.

Eines der größten Entwicklungsprojekte unserer Stadt ist zweifelsfrei die Standortsuche unseres Klinikums.



In den politischen Gremien des Landkreises Rastatt und der Stadt Baden-Baden ist einvernehmlich die Entscheidung getroffen worden, für die Zukunft die Klinik an einem Standort zu konzentrieren. Dies ermöglicht, den Betrieb wirtschaftlich zu optimieren und damit Defizite zu reduzieren.

Der Hauptgrund für diese Entscheidung – das möchte ich nochmals deutlich herausstellen – ist definitiv die optimale medizinische Versorgung in der Region!

Alle Fachleute sind sich einig, dass bei einer Konzentration an einem Standort die Versorgung bestmöglich garantiert werden kann. Daran müssen wir alle ein großes Interesse haben. Daher möchte ich mich auch bei Ihnen, sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates sehr bedanken, dass Sie diese weitsichtige Entscheidung unterstützt und getroffen haben.

Offen ist, an welchem Standort das zukünftige Klinikum stehen soll. Wir haben drei mögliche Standorte ins Rennen geschickt.

Egal wie diese Entscheidung ausgeht: Wichtig ist, dass der Standort gewählt wird, an dem die beste Erreichbarkeit und medizinische Versorgung sichergestellt wird. Hierfür mache ich mich stark!

Natürlich ist gute medizinische Versorgung nicht zum Nulltarif zu bekommen. Aber es kann auch nicht sein, dass die Träger des Klinikums auf Dauer Millionen von Euro zuschießen müssen. Hier sind der Bund, das Land und die Krankenkassen gefragt, das Gesundheitswesen ausreichend zu finanzieren.

Im Doppelhaushalt sind insgesamt für den Verlustausgleich 4 Millionen € vorgesehen. Das Klinikum ist aufgefordert, unter Berücksichtigung einer optimalen medizinischen Versorgung, das Defizite auf ein Minimum zu reduzieren damit die medizinische Versorgung langfristig gesichert bleibt.

## Quo vadis, Baden-Baden?

---

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Bürgerinnen und Bürger. Sie sehen, der Haushalt der Stadt Baden-Baden ist ein Spiegel der unterschiedlichen Interessen und Wünsche, sowie der sachlichen Notwendigkeiten in allen Bereichen.

Mein Ziel ist es, einen ausgewogenen Vorschlag für die nächsten zwei Jahre zu unterbreiten. Dabei bin ich mir bewusst, dass wir mit der Schuldenaufnahme an die äußerste Grenze gehen. Da mir, wie Sie alle wissen, an soliden Finanzen sehr gelegen ist, kann dies keine Dauerlösung sein.

Da auch andere Städte in vergleichbaren Situationen sind, wird in nächster Zeit sicherlich eine öffentliche Diskussion stattfinden, wie sich die Städte in Baden-Württemberg in den nächsten Jahren finanzieren können. Diese Problematik bringe ich in den Städtetag ein und mache mich für eine finanzielle Unterstützung der Kommunen stark!

Sehr geehrte Damen und Herren, infolge der Pandemie sind wir sicherlich auf rauer See unterwegs, aber wir haben das Ruder selbst in der Hand – lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten, die Zukunft zu gestalten.

Es gibt viel zu tun – packen wir's an!